

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT



Jahresbericht 2025

Inhalt

Jahresbericht 2025 3
..... Vier Jahre Krieg gegen die Ukraine

Ukraine: Die Schweiz kann sehr viel mehr tun 6

Nach dem Waffenstillstand in Gaza: Palästina anerkennen 8

Atomwaffenverbotsinitiative und Zivildienstreferendum eingereicht..... 10

Jubiläumsveranstaltung 80 Jahre Schweizerischer Friedensrat..... 14

Das Café de la paix im 2025 16

Die **FRIEDENSZEITUNG** 2025..... 18

Der Friedenskalender 2026 20

Der Vorstand des Friedensrates 21

Publikationen des SFR..... 23

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich

Tel. +41 (0)44 242 93 21

info@friedensrat.ch

www.friedensrat.ch

PC-Konto 80-35870-1

IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

FRIEDENSZEITUNG

Die vierteljährliche
friedenspolitische Zeitschrift

kleinwaffen
wegschaffen

Die Kampagne
gegen Kleinwaffen

Impressum

SCHWEIZERISCHER FRIEDENS RAT

Zürich, Februar 2026.

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Beiträge von Maria Ackermann, Jenny Heeb,
Francine Perret, Diana Schenkel, Peter Weishaupt.

Gestaltung Titelseite: Die von Russland zerstörte
Verklärungskathedrale in Odessa. Seite 2: Ich warte
auf Onkel Dodo. Beide Fotos stammen vom Projekt
Ukrainisches Fototagebuch (www.ukrainianphoto-
diary.org) des Fotografen Patrick Lüthy. Seite 8:
Aleksandra Zdravkovic, Seite 10: Allianz Atomwaf-
fenverbotsinitiative, Seite 12: Referendumskomitee
Zivildienst, Seite 14: Lisa Mazzone, Seite 17: SFR.

Korrektur: Liliane Studer.

Druck: ropress Druck, Zürich.

Auflage: 2000 Ex.

myclimate
Protect our planet

Unser Strom –
100 % Schweizer
Wasserkraft
schweizstrom

FSC
www.fsc.org

MIX
Papier aus verantwor-
tungsvollen Quellen
FSC® C010121

Die Ukraine in Dunkelheit und Kälte

Vier Jahre Krieg gegen das europäische Land

Peter Weishaupt, Geschäftsleiter des SFR

Russlands Vollinvasion gegen die Ukraine dauert (Stichtag 12. Januar 2026 – Redaktionsschluss dieses Jahresberichtes) genauso lange wie der Krieg Nazideutschlands gegen die kommunistische Sowjetunion, nämlich 1418 Tage. In der UdSSR wurde diese Zahl verwendet, um den Heldenmut des sowjetischen Volkes im sogenannten Grossen Vaterländischen Krieg hervorzuheben. Diese Erzählung wurde später von Putins Russland übernommen, wobei der Fokus auf dem aussergewöhnlichen Beitrag der Russen zum Sieg über die Nazis lag (keine Rede davon, dass die deutsche Wehrmacht auf ihrem Vormarsch am verheerendsten in der Ukraine und in Belarus gewütet hatte).

Vom Blitz- zum Stellungskrieg

In der Ukraine werden Anfang 2026 die 1418 Tage des deutsch-sowjetischen Krieges von 1941 bis 1945 mit dem Fiasko des Plans des russischen Präsidenten in Verbindung gebracht, der das europäische Land erobern und die angeblich faschistische ukrainische Führung für immer absetzen wollte. Wie die Naziführung hatte auch er auf einen Blitzsieg gehofft – doch dieser Plan scheiterte gründlich am erbitterten Widerstand der ukrainischen Bevölkerung. Seither liefert sich die ukrainische Armee entlang der Grenzen im Osten von Tschernihiw bis Odessa einen Stellungskrieg gegen den Angreifer wie weildat Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg.

Zwar rückte Putins Armee auch 2025 Kilometer um Kilometer vorwärts, nach detaillier-

ten Angaben der Analysten von Deep State, die täglich genaue Karten mit dem Kriegsverlauf publizieren, waren es ganze 4810 Quadratkilometer, inklusive der knapp 500 Quadratkilometer der von der Ukraine zuvor eingenommenen russischen Gebiete um Kursk. Im Vergleich: Nach dem Überfall 2022 hatten russische Soldaten bis zur ukrainischen Gegenoffensive fast 62'000 Quadratkilometer erobert.

Dabei waren 2025 die Verluste für den Kreml so hoch wie nie seit Beginn der Invasion am 24. Februar 2022: Da statt Panzern jetzt Soldaten zu Fuss eingesetzt werden und dies unter gegenseitiger intensiver Beobachtung durch Drohnen geschieht, ist der Blutzoll ungleich höher. Mindestens 100'000 russische Soldaten wurden im vergangenen Jahr getötet, wie vom oppositionellen russischen Portal Medazona ermittelt wurde, das Todesanzeigen und Daten von Nachlassgerichten auswertet. Die makabre Berechnung ergibt demnach mindestens 20 getötete russische Soldaten pro eroberten Quadratkilometer ukrainischen Landes.

Verhandlungen effizient torpediert

Der Krieg gegen die Ukraine könnte also – wenn es weitergeht wie bis anhin – noch jahrelang andauern, um auch nur die vier von Russland bereits annektierten Oblaste Cherson, Luhansk, Donezk und Saporischschja vollständig zu besetzen. Dies ist jedenfalls zu befürchten, denn Putin hat während des ganzen Jahres alles getan, um auch nur einen Waffenstillstand, geschweige denn eigentliche Friedensverhandlungen

gen zu torpedieren. Er manövrierte erstens US-Präsident Trumps Bemühungen um einen solchen ebenso geschickt wie kaltblütig aus. Zweitens führte er seinen Krieg so intensiv wie nie seit dessen Beginn fort, insbesondere verhöhte er jeweils nach Andeutungen vorgegeblicher Verhandlungsbereitschaft seine Gesprächspartner unmittelbar darauf mit der Anordnung eines verheerenden Bomben- und Drohnenerrors auf die ganze Ukraine. Insbesondere setzte er seine langjährige «Tradition» im Winter 2025/26 fort, mit Luftangriffen die zivile Infrastruktur des ganzen Landes in nie gekanntem Ausmass lahmzulegen. Kein Strom, kein Wasser, keine Heizung in den Städten – mitten in einem der strengsten Winter seit Langem.

Trump hat das Seine zu dieser Entwicklung beigetragen: Nach dem dritten Jahrestag der russischen Invasion verriet er – unmittelbar nach Beginn seiner zweiten Amtszeit – die Ukraine: Er kehrte die Schuldfrage um, bezichtigte den ukrainischen Präsidenten, den Krieg begonnen zu haben – der sei überhaupt ein Diktator. Weiter nahm er einen Diktatfrieden vorweg, bei dem die Ukraine die von russischen Truppen eroberten Gebiete im Osten an Putin abgeben sollte, ohne irgendwelche Sicherheitsgarantien zu erhalten. Zu guter Letzt wälzte er die Verant-

wortung auf Europa und die EU ab: Sie sollten die Waffenstillstandslinie militärisch absichern und hunderte Milliarden Euro aufwerfen, um die Ukraine wieder aufzubauen. Doch die Ukraine hat bis jetzt allem widerstanden.

Nach wie vor starke Unterstützung

Der Verteidigungswille des Landes ist trotz schwerem Bombenterror und anhaltender Erschöpfung ungebrochen, die Unterstützung Europas hat trotz etlichen Widerständen nicht gelitten, die Bevölkerung Europas steht trotz mannigfacher russischer Propagandaaktivitäten mit Desinformationskampagnen, Social-Media-Bots, Korruptionsgeldern oder Sabotageakten und Mordanschlägen (sowie trotz gütiger Hilfe neurechter und auch einiger linker PopulistInnen) nach vier langen Kriegsjahren immer noch weitgehend hinter der Ukraine. Dies gilt, ausser für die SVP, auch für die Schweizer Politik und Bevölkerung, wenn auch mit Einschränkungen.

So gewährt der Bundesrat seit Anfang Oktober auf Druck der SVP nicht mehr allen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine den erleichterten Schutzstatus S. Seither kann eine Wegweisung ausgesprochen werden, wenn die Rückkehr in ein bestimmtes Gebiet (gemeint sind die westlichen Oblaste) als «zumutbar» eingeschätzt wird. Kurz nach diesem Entscheid begannen die Raketenangriffe Russlands gegen die Bevölkerung im ganzen Land, insbesondere auch unweit der Grenze zu Polen. Von «zumutbarer» Rückkehr in diese Gebiete kann also keine Rede mehr sein. Zudem verhindern Bundesrat wie Parlament auch nach vier Kriegsjahren eine Ausnahmeregelung, an Deutschland gelieferte Raketen- und Drohnenabwehrmunition in die Ukraine weiterzuleiten. Die Forderungen der



Ukraine-Demo vom 22. Februar 2025 (auf Seite 7) in Bern gelten jedenfalls weiterhin.

Besonders eindrücklich war im Übrigen letztes Jahr auch die Reaktion der ukrainischen Zivilbevölkerung auf Korruptionsvorwürfe im Energiesektor oder der Beschaffung von Kriegsmaterial. Inmitten des anhaltenden Kriegszustandes verhinderten sie mit Protesten, dass die Arbeit von Antikorruptionsbehörden eingeschränkt werden sollte. Man stelle sich solchen Protest in Putins Russland vor.

Was uns weiter beschäftigte

Die sogenannte Neutralitätsinitiative der SVP, die primär auf die Aufhebung von völkerrechtlichen Sanktionen wie diejenigen der Europäischen Union gegen Russland zielt, stand in der Juni-Session im Ständerat zur Behandlung. Statt diese einfach abzulehnen, wie dies der Bundesrat konsequenterweise beantragte, wurde an einem direkten Gegenvorschlag herumgebastelt, der die «bewaffnete» Neutralität «immerwährend» in der Verfassung festschreiben will. Wir haben uns in einer Vernehmlassung, wie die meisten Kantone und Verbände, klar dagegen ausgesprochen.

Doch bereits im Vorfeld der voraussichtlich noch 2026 stattfindenden Abstimmung über die Neutralitätsinitiative haben wir an einer von uns organisierten Impulstagung am 18. Mai in Bern darüber diskutiert, was für eine glaubwürdige Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz auf dem Spiel steht, wenn die Initiative angenommen würde. Dabei war man sich einig, dass das angestrebte Verbot der Übernahme von Sanktionen ausserhalb der UNO indiskutabel ist und solche die schweizerische Neutralität in keiner Weise ritzen, denn hier ist das Völkerrecht massgebend, das insbesondere bei Kriegsverbrechen und schweren Menschenrechtsverletzungen durch Staaten Massnahmen gegen diese nicht nur erlaubt, sondern erfordert. Die Projektleitung der Impulstagung hatte Simon Gaus Caprez, an der Projektgruppe war neben dem SFR-Sekretariat auch die frühere Mitarbeiterin Stella Jegher beteiligt.

Plakattext links: *Ich warte auf Onkel Dodo* (ukr.)

Mythos einer friedlichen Neutralität

Dass die Neutralitätsinitiative allenfalls Sanktionen der UNO ausnimmt, ist eine besondere Schlaumeierei des Initianten Christoph Blocher («Brotsperrung gegen Russland»), der genau weiss, dass UNO-Sanktionen äusserst selten sind, die die Interessen der Atommächte im Sicherheitsrat tangieren, weil deren Vetomöglichkeit solche nicht-militärischen Massnahmen trotz eklatanter Verletzung des Völkerrechts zuverlässig zu verhindern pflegen. Im Übrigen hätte die Initiative, die einzig wegen der Sanktionierung Russlands lanciert worden ist, auch die Übernahme allfälliger (berechtigter) EU-Sanktionen gegen das Vorgehen Israels in Gaza verunmöglicht, ebenso etwa solche gegen den Iran.

Die Neutralitätsinitiative läuft mit ihrem zweiten Anliegen, einen möglichen Beitritt zur Nato zu verhindern, sowieso ins Leere, da es hierzulande (und auch in Österreich) niemanden gibt, die dafür eintreten – im Gegensatz zu Schweden und Finnland, die unmittelbar unter dem Eindruck von Russlands Angriff auf die Ukraine der Nato beigetreten sind. Ebenso wichtig dürfte sein, dass die anstehende Volksabstimmung über die SVP-Initiative für uns aber auch die Gelegenheit bietet, den nicht nur von rechtsextremer Seite gepflegten Mythos der Neutralität als friedensstiftendes Element der Schweizer Politik zu hinterfragen, sondern Strategien einer völkerrechtsorientierten Friedens- und Sicherheitspolitik zu entwickeln (siehe auch den Kasten zu den Resultaten der Gesprächstische an der Impulstagung auf der nächsten Seite).

Leise Hoffnung auf Europa

Trotz anhaltendem Krieg gegen die Ukraine, trotz weltweitem und europäischem Vormarsch neurechter rechtsextremer Strömungen gegen das allgemeine Völker- und Menschenrecht erweisen sich Ende 2025 die angesagte Schwächung oder gar der Untergang Europas als etwas voreilig, vielmehr dürfte das Gegenteil eingetroffen sein. Die anhaltende Verteidigung der Ukraine sowie der Angriff der Trump-Administration auf die demokratischen EU-Länder hat Europa eher gestärkt.

Dies ist auch in der Schweiz registriert worden. Denn es tritt immer deutlicher zutage, dass sich das Land mitten in Europa nicht mehr autonom verteidigen, sich gegen die wirtschaftlichen wie politischen Angriffe aus Übersee nicht allein wehren kann. So besteht die (leise) Hoffnung, dass heute eine politische Annäherung an Europa mehr Aussichten hat als bis anhin. Und dass sich das auf die kommenden Auseinandersetzungen auswirkt.

Konkret sind das die 2026 anstehenden Abstimmungen über zwei SVP-«Volks»-Begehren: im Juni über die 10-Millionen-Schweiz, die das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der

EU infrage stellt, möglicherweise noch Ende Jahr über die Neutralitätsinitiative, die die Solidarität mit der EU sabotiert. 2028, vielleicht auch bereits 2027 folgt die entscheidende Abstimmung über die «Bilateralen III», den Rahmenvertrag mit Europa, die das Verhältnis der Schweiz zur EU fundamental betrifft. Das heisst aber, dass die Volksinitiative «Gegen eine 10-Millionen-Schweiz» und die Neutralitätsinitiative klar abgewehrt werden müssen. Der Friedensrat wird sich 2026 prioritär im Abstimmungskampf gegen die Neutralitätsinitiative engagieren, wie er dies seit deren Lancierung getan hat. ■

RESULTATE GESPRÄCHSTISCHE STRATEGIEN EINER VÖLKERECHTS- ORIENTIERTEN FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK.

Die Schweiz..

.. gibt humanitären Werten in Kriegs- und Konfliktsituation Vorrang gegenüber der Neutralitätspolitik.

.. verstärkt ihr multilaterales Engagement, vermittelt während und nach Konflikten und finanziert die Friedensförderung substantiell mit.

.. stellt die Ziele Nachhaltiger Entwicklung wie Armutsreduktion, Gleichstellung und Klimaschutz ins Zentrum ihrer Aussenpolitik.

.. reguliert das Rohstoffhandelsgeschäft fair und transparent und besteuert Krisengewinne zugunsten von Betroffenen.

.. überprüft wirtschaftliche Verflechtungen mit autokratischen Regimes, unterstützt Sanktionen gegen Einzelpersonen und geht konsequent gegen Sanktionsumgehungen vor.

.. setzt sich für eine UNO-Reform zugunsten des Systems kollektiver Sicherheit ein und verstärkt ihr Engagement bei UNO-Friedensmissionen.

.. pflegt die europäische Wertepartnerschaft und geht vertiefte Kooperationen mit der EU zur Verteidigung und Rüstungsbeschaffung ein.

.. lanciert eine Bildungsinitiative für ein breiteres Verständnis des Völkerrechts und der Interessen der Schweiz, die damit verbunden sind.

.. teilt ihren Erfahrungsschatz zur föderalistischen Demokratie und der erfolgreichen Einbindung von Minderheiten - als Welt-erbe!



Die Schweiz kann sehr viel mehr tun

Am 22. Februar 2025 fand in Bern anlässlich des dritten Jahrestags des russischen Angriffes eine auch vom Friedensrat unterstützte Solidaritätskundgebung auf dem Bundesplatz für die Ukraine statt. Die Forderungen des Ukrainischen Vereins in der Schweiz an den Bundesrat sind trotz der wegen Donald Trumps Absicht, der Ukraine einen Diktatfrieden aufzuzwingen, umso dringender (und gelten auch zum vierten Jahrestag am 24. Februar 2026) noch:

– Sanktionsregime stärken

Konsequente Unterbindung des sanktionswidrigen Rohstoffhandels durch Schweizer Firmen und deren ausländische Niederlassungen, also die lückenlose Umsetzung des 14. EU-Sanktionspakets.

– Wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine verstärken

Verstärkung der Minenräumaktionen, mehr wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und um die Implementierung wichtiger Reformen zu ermöglichen.

– Eingefrorene russische Vermögenswerte nutzen

Die in der Schweiz gehaltenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank in Höhe von 7,4 Milliarden Franken können zum Beispiel als Sicherheiten für Kredite zur Unterstützung der Ukraine verwendet werden.

– Kriegsverbrechen bestrafen

Aktive Mitarbeit bei der Schaffung eines internationalen Tribunals zur Untersuchung und Verfolgung von verbrecherischen Angriffen, von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es darf keine Ausnahmen bei der Vollstreckung des internationalen Haftbefehls gegen Wladimir Putin geben.

– Die inhaftierten Zivilisten retten, bei Rückführung ukrainischer Kinder helfen

Unterstützung der multilateralen Initiativen zur Freilassung Tausender ukrainischer ZivilistInnen, die von Russland unter unmenschlichen Bedingungen illegal festgehalten werden, sowie der Initiativen, ukrainische Kinder in ihre Heimat zurückzubringen.

– Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge fortsetzen

Die andauernde russische Aggression, die laufenden Luftangriffe auf das ganze Staatsgebiet der Ukraine und die mutwillige Zerstörung der kritischen Infrastruktur erfordern die Fortführung der bestehenden Politik bezüglich Status S in unveränderter Form.

– Die russische hybride Kriegsführung und Propaganda bekämpfen

Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen russische Desinformation und hybride Kriegsführung, um unsere Lebensweise und Demokratie zu schützen.

Der Bundesrat muss endlich handeln

Hoffnung für Gaza und einen palästinensischen Staat

Am 10. Oktober 2025 trat nach zweijährigem Krieg Israels gegen die Hamas mit der weitgehenden Zerstörung des Gaza-Streifens die von Donald Trump vermittelte Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas in Kraft, die bis Ende Jahr weitgehend gehalten hat. Der damit verbundene 20-Punkte-Friedensplan, der auch von den arabischen Staaten unterstützt wurde, sah die Einrichtung eines «Friedensrates» vor, der die Entwaffnung der Hamas, den Rückzug der israelischen Truppen sowie die Einsetzung einer palästinensischen Übergangsregierung vorsah.

Als dessen «Hoher Repräsentant» wurde Mitte Januar 2026 der Bulgare Nikolai Mladenow eingesetzt, dessen Aufgabe es ist, vor Ort die Interimsregierung in Gaza zu überwachen und den Wiederaufbau des Küstenstreifens sowie eine geplante Friedenstruppe zu koordinieren. Für den Diplomaten ist mit dem Waffenstill-

stand «die Tür einen Spaltbreit geöffnet», Israel zur Zustimmung zu einer Zweistaatenlösung zu bewegen und auf die Annexion des Westjordanlandes zu verzichten – eine Gelegenheit für die Schweiz, diese Friedensbemühungen zu unterstützen, indem sie einen Beitrag zur geplanten Friedenstruppe leistet und insbesondere einen Staat Palästina unterstützt. Um diese Diskussion voranzutreiben, wurde im Oktober eine entsprechende Volksinitiative lanciert, die auch vom Friedensrat unterstützt wird.

Gaza-Kundgebung am 21. Juni in Bern

Im Aufruf zur Gaza-Kundgebung in Bern hielten die zahlreichen Organisationen, darunter der Friedensrat, fest, «dass Israel einen Völkermord an den PalästinenserInnen in Gaza begeht. Die israelische Regierung hat die Absicht ethnischer Säuberungen klar zum Ausdruck



gebracht. Die Kriegsverbrechen der Hamas und anderer bewaffneter palästinensischer Gruppen vom 7. Oktober 2023 rechtfertigen in keiner Weise die von Israel begangenen genozidalen Handlungen und Kriegsverbrechen. Als Depositarstaat der Genfer Konventionen und als Sitz des UNO-Menschenrechtsrates hat die Schweiz eine besondere Verantwortung. Die Untätigkeit, insbesondere des EDA, ist inakzeptabel und muss sofort enden.» Die Forderungen an den Bundesrat lauten:

1. Sich aktiv für einen sofortigen, dauerhaften und von der internationalen Gemeinschaft überwachten Waffenstillstand und für die sofortige Aufhebung der Blockade des Gazastreifens einzusetzen.
2. Die dokumentierten Kriegsverbrechen Israels klar zu verurteilen und alle Initiativen zu unterstützen, um Zwangsumsiedlungen oder illegale Vertreibungen der Bevölkerung in Gaza und im Westjordanland zu verhindern.
3. Unverzüglich die Finanzierung der humanitären Nothilfe für Gaza über die UNRWA wieder aufzunehmen und die jährlichen Mittel, die bis 2023 gesprochen wurden, wieder freizugeben.
4. Die militärische Zusammenarbeit mit Israel sowie alle sicherheitsrelevanten Exporte sofort einzustellen.
5. Ein Verbot für Schweizer Unternehmen zu erlassen, sich an der Besatzung in den palästinensischen Gebieten zu beteiligen. Dies insbesondere in Bezug auf Waffen, Dual-Use-Technologien und Überwachungssysteme.
6. Das Recht des palästinensischen Volkes auf kollektive Selbstbestimmung uneingeschränkt anzuerkennen und sich entschlossen für dessen Umsetzung zu engagieren.
7. Sich für die Freilassung aller Geiseln und willkürlich inhaftierten Gefangenen in Israel und im besetzten palästinensischen Gebiet in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht einzusetzen.



Volksinitiative für die Anerkennung des Staates Palästina

Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die die Volksinitiative unterzeichnen, fordern, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft den Staat Palästina offiziell anerkennt. Es handelt sich um einen Akt der Gerechtigkeit, der Gleichbehandlung, der diplomatischen Kohärenz und des Engagements für die Menschenrechte. Die Schweizerische Eidgenossenschaft muss sich aktiv für einen souveränen und unabhängigen palästinensischen Staat einsetzen und für Frieden, Würde und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes wirken. Die Anerkennung des Staates Palästina in Übereinstimmung mit den UNO-Resolutionen, einschliesslich der Resolution 242 des Sicherheitsrates, erfolgt unter Beachtung des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Sie ebnet den Weg für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten.

Anerkennung des Staates Palästina

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 17

Anerkennung des Staates Palästina

¹ Die Schweiz anerkennt Palästina als souveränen und unabhängigen Staat.

² Wird die Anerkennung des Staates Palästina von Volk und Ständen angenommen, so richtet der Bundesrat innerhalb von drei Monaten nach Erwirkung des Abstimmungsergebnisses eine entsprechende Erklärung an die Generalsekretärin oder den Generalsekretär der UNO und an die Generalversammlung der Vereinten Nationen.



Atomwaffenverbotsinitiative eingereicht

Am 23. Dezember 2025 wurde die Atomwaffenverbotsinitiative mit 136'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht (siehe Bild oben). Das Volksbegehren verlangt vom Bundesrat, den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW), den die Schweiz mitverhandelt hat, endlich zu ratifizieren. Die Regierung verweigert dies aus Rücksicht auf die Nato seit Jahren. Dies geschieht trotz einer sich verschärfenden sicherheitspolitischen Lage. In der im Dezember 2025 vorgestellten Sicherheitspolitischen Strategie bezeichnet der Bundesrat Atomwaffen selbst als eine der grössten Bedrohungen und hält fest, dass das Risiko einer nuklearen Eskalation heute so hoch sei wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Gleichzeitig betont er, dass die Sicherheit der Schweiz am besten in einer Welt gewahrt werde, in der Macht durch Recht begrenzt und das humanitäre Völkerrecht gestärkt wird.

Die Volksinitiative war im Juli 2024 lanciert worden. Obwohl das Anliegen beim Sammeln und in Umfragen auf rege Zustimmung stiess, verlief die Sammlung etwas harzig. Das dürfte

darauf zurückzuführen sein, dass der Vertrag eher symbolische Bedeutung hat. Bisher haben ihn zwar 95 von 122 UNO-Mitgliedstaaten unterzeichnet und 74 auch ratifiziert. Darunter sind jedoch meist lateinamerikanische und afrikanische Staaten, europäische fehlen weitgehend und jene, die Atomwaffen besitzen oder an deren Entwicklung arbeiten, sind explizit nicht dabei. Als Mitglied der Allianz für die Atomwaffenverbotsinitiative und des Initiativkomitees beteiligte sich der Friedensrat aktiv bei der Unterschriftensammlung wie bei der Beglaubigung. Eine Abstimmung über die Initiative wird erst nach der parlamentarischen Behandlung angesetzt, was noch einige Zeit dauern dürfte.

Am 6. August gedachten wir zusammen mit der WILPF, den Frauen für den Frieden und dem Steinlabyrinth auf dem Labyrinthplatz in Zürich dem Atomwaffenabwurf auf Hiroshima vor 80 Jahren. Eindrücklich war auch die Gedenkfeier am 9. August 2025 beim Dünant-Museum in Heiden/AR für die Opfer in Nagasaki wie Hiroshima.

Der Atomwaffenverbotsvertrag und die Schweiz

Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) ist ein internationaler nuklearer Abrüstungsvertrag, der ein weltweites Verbot von Atomwaffen zum Ziel hat. Dieser wurde 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedet und trat am 22. Januar 2021 in Kraft. Der TPNW verbietet die Entwicklung, die Erprobung, die Herstellung, den Besitz, die Stationierung und den Einsatz von Atomwaffen sowie die Androhung eines solchen Einsatzes. Der TPNW markiert somit einen Paradigmenwechsel hin zu einem Verbot von Atomwaffen und öffnet die Tür zu einer möglichen Zukunft ohne Atomwaffen.

Die Schweiz war an den Verhandlungen des TPNW massgebend beteiligt, hat ihn jedoch nie unterzeichnet. Daraufhin wurde 2018 im Parlament eine Motion angenommen, die den Bundesrat aufforderte, den Vertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Sie blieb bislang unbeantwortet. Vielmehr verschob der Bundesrat das Gesuch immer weiter, bis er im März 2024 ankündigte, dass die Schweiz dem TPNW nicht beitreten würde.

Die Schweiz, Depositarstaat der Genfer Konventionen, weigert sich somit, ein starkes Zeichen gegen Atomwaffen zu setzen. Also gegen Waffen, die eine Gefahr für die gesamte Weltbevölkerung darstellen und allzu oft für die Interessen von einigen wenigen Machthabern als Druckmittel eingesetzt werden (eklatantes Beispiel: die Drohungen Putins gegen die Ukraine).

Der SFR ist auch Mitglied bei der Plattform Agenda 2030. Diese beteiligt sich an der Überprüfung der Umsetzung der Ziele der UNO-Agenda 2030 und brachte sich an deren drittem Länderbericht ein, der 2026 veröffentlicht wird.

Vorstandsausflug zum IKRK

Wie jedes Jahr hat der Schweizerische Friedensrat auch 2025 einen Vorstandsausflug organisiert. Am 23. Oktober besuchten die vier Frauen des Vorstandes (Maria Ackermann, Jenny Heeb, Francine Perret, Diana Schenkel) sowie Geschäftsführer und **FRIEDENSZEITUNGS**-Redaktor Peter Weishaupt das Museum des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf. Die Geschichte des Museums beginnt 1963, als das Komitee sein 100-jähriges Bestehen feierte. Die Dauerausstellung «Das humanitäre Abenteuer» lädt dazu ein, sich mit den grossen Herausforderungen der humanitären Arbeit auseinanderzusetzen.

Anhand von Erzählungen, Erfahrungsberichten und immersiven Installationen werden drei zentrale Themen unserer Zeit aufgegriffen: die Menschenwürde verteidigen, die Familienbande wiederherstellen, die Risiken von Naturgefahren begrenzen. Die Ausstellung richtet sich an ein breites Publikum und bietet einen einzigartigen, emotional bewegenden Rundgang. Das Mittagessen im Museum bot Gelegenheit, uns über die Eindrücke auszutauschen. Während der Hin- und Rückfahrt von und nach Zürich nutzten wir die Zeit für angeregte Diskussionen zu zahlreichen friedenspolitischen Themen und die damit verbundenen Aktivitäten.

Diana Schenkel





Zivildienst-Referendum eingereicht

Knapp vor Ablauf der Referendumsfrist konnte am 15. Januar 2026 das Referendum gegen die Verschärfung des Zivildienstgesetzes mit 57'000 Unterschriften eingereicht werden, bei dem der Friedensrat ebenfalls engagiert war – bei der Sammlung wie mit der kontinuierlichen Information in der **FRIEDENSZEITUNG**. Sheldon Masseraz, Co-Präsident der Jungen Grünen und ehemaliger Zivildienstleistender, führte in seiner Rede aus: «Jeden Tag übernehmen Tausende von Zivildienstleistenden äusserst nützliche Aufgaben in Bereichen wie Sozialwesen, Gesundheitswesen, öffentliches Bildungswesen, Landwirtschaft oder Umweltschutz, in denen es an Ressourcen mangelt. In all diesen systemrelevanten Bereichen leisten die Zivildienstleistenden wertvolle Unterstützung für die dort tätigen MitarbeiterInnen.

Leider gefällt das Engagement der Zivildienstleistenden der bürgerlichen Mehrheit im Parlament nicht, die beschlossen hat, den Zugang zum Zivildienst zu erschweren. Das Ziel dieses neuen Gesetzes? Die Zahl der Zi-

vildienstleistenden von 6800 auf 4000 zu reduzieren, was einem drastischen Rückgang von 40 Prozent entspricht. Diese Reform benachteiligt also nicht nur die zukünftigen Zivildienstleistenden, sondern auch die Einsatzbetriebe, die diese Menschen brauchen. Letztendlich wird die gesamte Gesellschaft benachteiligt.

Da ich selbst meinen Zivildienst abgeleistet habe, konnte ich mich vom positiven Beitrag dieses Dienstes in den Einsatzbetrieben überzeugen. Ob in Pflegeheimen oder Kinderheimen – ich konnte unverzichtbare Institutionen unterstützen, die den Alltag in der Schweiz ermöglichen. Und ich glaube, dass dies genau das ist, was ein Grossteil der heutigen Jugend will: einen bereichernden, lehrreichen Dienst leisten, der Sinn macht und bei dem man sich zutiefst nützlich fühlt. Der Zivildienst wird nicht nur von den Zivildienstleistenden selbst geschätzt, sondern auch von den Einsatzbetrieben, die sie beschäftigen, und vor allem von den Zehntausenden von Menschen, die täglich von der wertvollen Arbeit der Zivildienstleistenden profitieren.»

OSTERMARSCH MARCHE DE PÂQUES

GEGEN NUKLEARE UND
MILITÄRISCHE AUFRÜSTUNG.
FÜR ECHTE SICHERHEIT
BERN, MONTAG
21. APRIL 2025

CONTRE LE RÉARMEMENT
NUCLÉAIRE ET MILITAIRE, POUR
UNE VÉRITABLE SÉCURITÉ !
BERNE, LUNDI
21 AVRIL 2025



13.15 BESAMMLUNG UND REDE | RASSEMBLEMENT ET DISCOURS

EICHHOLZ AN DER AARE
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern
Depuis la gare, tram 9 jusqu'au terminus Wabern

13.30 START | DÉBUT

Rede/Discours: Marc Jost, Nationalrat/consellier national

Nehmt eure Friedensfahnen mit!
Emportez vos drapeaux de la paix avec vous !

14.30 SCHLUSSKUNDGEBUNG | MANIFESTATION DE CLÔTURE

MÜNSTERPLATZ | PLACE DE LA COLLÉGALE
Friedenspolitische Redebeiträge
Discours sur la politique de paix
Unter anderem münden andere auf mit
Lisa Mazzone, Präsidentin der GRÜNEN Schweiz/
Présidente des VERTÉ-S
Laurent Goetschel, Direktor/directeur swisspeace

MUSIK | MUSIQUE

TIJIR (TYJJA), Du und ich/toi et moi; Malena Simon
und Katharina Schmidt

Der Ostermarsch 2025 in Bern

Der Berner Marsch am Ostermontag, 21. April, der traditionell vom Eichholz an der Aare zum Münsterplatz führte, stand unter dem Motto «Gegen nukleare und militärische Aufrüstung. Für echte Sicherheit». Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen Schweiz, forderte bei der Schlusskundgebung: «Wir können uns entscheiden, Frieden zu schaffen. Um Frieden zu schaffen, muss sich die Schweiz in der Welt engagieren. Um Frieden zu schaffen, muss die Schweiz ihre Werte verteidigen. Sie muss sich für das Völkerrecht, die Demokratie und die Menschenrechte einsetzen. Sie muss sich in Gaza, in der Ukraine und im Sudan engagieren. Sie muss sich gegen die globale Erwärmung engagieren. An einem gerechten und dauerhaften Frieden zu arbeiten ist unsere Verantwortung. Gestern, heute und morgen.»

Swisspeace-Direktor Laurent Goetschel sprach zur aktuellen Relevanz von Friedenspolitik und formulierte folgende Punkte:

1. Kriege werde dann geführt, wenn die Konfliktparteien denken, dass sie damit ihre Ziele besser erreichen können als mit anderen Mitteln. So irrational Kriege uns als Individu-

en erscheinen können, so rational werden sie von den Verantwortlichen beschlossen. Wenn wir Kriege vermeiden wollen, müssen wir uns Folgendes überlegen: a) welche Motivationen leiten jene, die Kriegführung als Mittel für ihre Zwecke sehen; b) wie können wir die Kosten des Krieges so erhöhen, dass sich Krieg nicht lohnt.

2. Friedenspolitik (und Friedensforschung) versuchen, sowohl auf die Motivationen wie auf die Rahmenbedingungen für den Umgang mit Konflikten einzuwirken. Oder konkreter: Es geht darum, die Anreize für den Krieg zu mindern und zugleich die Kosten eines Missgriffs zu erhöhen.

3. Für beides sind politische Werte und eine darauf beruhende und funktionierende internationale politische Ordnung zentral. Ein Land wie die Schweiz und wir als Bürgerinnen und Bürger können dazu beitragen.

4. Wir müssen uns bewusst sein, dass es auch schief gehen kann. Niemand ist vor Fehlern gefeit. Auch wenn es zu Kriegen kommt, heisst dies noch lange nicht, dass die Friedenspolitik obsolet geworden ist. Wir müssen jedoch bereit sein, aus Fehlern zu lernen und besser zu werden.



Vorstandsmitglied Francine Perret vor dem Berner Münster

80 Jahre Schweizerischer Friedensrat

Am 6. Dezember 2025 feierte der Schweizerische Friedensrat sein 80-jähriges Jubiläum mit der Tagung «Handeln statt Hoffen» in Zürich. Gegen 100 Personen trafen sich im Kirchgemeindehaus Auszersihl, um zurückzublicken und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.

Die SFR-Präsidentin Maria Ackermann empfing die zahlreich erschienenen Gäste mit einem Grusswort, in dem sie betonte, dass es in erster Linie darum gehe, in die Zukunft zu schauen und Stellung zu beziehen: für Gerechtigkeit, für die Einhaltung des Völkerrechts, für eine friedlichere Welt.

Die vielfältige Arbeit des Friedensrates

Die ehemalige SFR-Sekretärin Stella Jegher ging in ihren Ausführungen zu 80 Jahre Friedensrat zum einen auf die vielfältigen friedenspolitischen Themen ein, die die Organisation aufgegriffen und diskutiert hat (UNO-Beitritt, Einführung Zivildienst, Atomwaffenverbot, Flüchtlings- und Entwicklungshilfepolitik, Kollektive Sicherheit, offene Asylpolitik, Militär und Ökologie, Kampagne gegen Kleinwaf-

fen, Ostermärsche in Bern und am Bodensee, Rüstungskontrolle und Waffenausfuhrverbot, Veranstaltungen mit dem Café de la Paix, Solidarität mit der Ukraine, Herausgabe der vierteljährlichen **FRIEDENSZEITUNG** u.a.m.). Zur Auflockerung haben Jenny Heeb, Ruedi Tobler und Peter Weishaupt, die seit vielen Jahren im Friedensrat aktiv sind, einige Anekdoten zum Besten gegeben.

Lisa Mazzone zu Friedensvisionen

Nach dem ausführlichen Überblick auf die Vergangenheit des Friedensrates hatten die Gäste Gelegenheit, drei Workshops zu folgenden Themen zu besuchen: 1. Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, geleitet von Larissa Mina Lee von den Friedensfrauen weltweit, 2. «Friedensstrategien und transformative Gerechtigkeit», Leitung Mandy Abou Shoak, Sozialarbeiterin, Menschenrechtlerin und Politikerin, und 3. «Human Veto – Kollektive Sicherheit neu denken» mit Simon Gaus Caprez, Mitbegründer der Umbrella Initiative. Alle drei Workshops wurden gut besucht.

Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Rede von Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen

Schweiz, zu Friedens-Visionen 2035. Sie betonte, wie wichtig das Klima ist, denn ohne die Stabilisierung der Klimasysteme auf unserem Planeten verlieren wir unsere Lebensgrundlagen. Die Bekämpfung der Klimaerhitzung und der von ihr ausgehenden Naturgefahren hat oberste Priorität, auch unter einem friedenspolitischen Aspekt. Die Schweizer Aus-



Handeln statt Hoffen

80 Jahre Schweizerischer
Friedensrat 1945–2025

Jubiläumsveranstaltung

Samstag, 6. Dezember 2025,
11–19 Uhr

Kirchgemeindehaus
Aussersihl
Saal Dorothee Sölle
Stauffacherstrasse 8, Zürich

Schweizerischer
Friedensrat SFR

senpolitik sollte sich an fünf Pfeilern orientieren: Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat, Klima und Geschlechtergleichstellung.

Schlussbouquet

Die Mitarbeit von Frauen in konflikt- und kriegsbezogenen Verhandlungen führt erwiesenermassen eher zu friedlichen Lösungen. Lisa Mazzone bekräftigte, dass wir uns weltweit für Abrüstung und Demilitarisierung einsetzen müssen, Kriegsmaterialexporte sind zu verbieten, der Atomwaffenverbotsvertrag ist zu ratifizieren. Den Tag beschloss ein Podiumsgespräch mit Lisa Mazzone, Stella Jegher und den drei LeiterInnen der Workshops, das von NoraMae Omotayo Herzog moderiert wurde, die auch durch den ganzen Tag begleitete.

Im Saal war eine Ausstellung zu 150 Jahre Clara Ragaz zu besichtigen. Clara Ragaz war 1945 Mitgründerin des Schweizerischen Friedens-

rates. Ausserdem waren Portraits von engagierten Personen wie Jules Humbert-Droz, Hansjörg Braunschweig, Verena Ritter oder Ruedi Tobler, die den Friedensrat massgeblich geprägt haben. Im Foyer präsentierten sich verschiedene Friedensorganisationen, und im Saal konnte man in Büchern zu Friedensfragen der Buchhandlung mille et deux feuilles schmökern. Das Jubiläum endete mit einem Apéro riche, der von freiwilligen Helferinnen vorbereitet worden war, begleitet vom Duo Naked. Die Gäste genossen es sichtlich, sich auszutauschen, von früheren Zeiten zu schwärmen und immer wieder zu betonen, wie wichtig die Arbeit des Schweizerischen Friedensrates auch in Zukunft sein werde.

Jenny Heeb

Das Café de la Paix im 2025

Am 31. März 2025 lud der Schweizerische Friedensrat zum ersten Café de la Paix des Jahres ein. An der gut besuchten Veranstaltung ging es um «Menschenrechte unter Druck. Die mögliche Rolle der nationalen Menschenrechtsinstitutionen». In seinem Referat beleuchtete Stefan Schlegel, der erste Direktor des 2023 gegründeten unabhängigen Schweizerischen Menschenrechtsinstituts SMRI, das Thema von verschiedenen Seiten. Seine Ausführungen stiessen auf grosse Resonanz. Der Schweizerische Friedensrat ist im Berichtsjahr der neuen Menschenrechtsinstitution beigetreten.

Am 29. September 2025 luden wir Priska Seiler Graf ans Café de la Paix zum Thema «Neutralitätsinitiative – Solidarität quo vadis?» ein. Die Zürcher SP-Nationalrätin ist auch Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission und hatte ursprünglich über die Behandlung der sogenannten Neutralitätsinitiative in der Herbstsession des Nationalrates berichten wol-



Montag, 29. September 2025

19.00 – 21.00 Uhr

Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

Neutralitätsinitiative – Solidarität quo vadis?

mit Priska Seiler Graf

SP-Nationalrätin und Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission

Unmittelbar nach der Herbstsession des Nationalrates zur Behandlung der sogenannten Neutralitätsinitiative legt Priska Seiler Graf dar, wie sie die Debatte erlebt hat, wie das angestrebte Verbot von Sanktionen gegen Kriegsverbrecher mit den Werten einer solidarischen Friedens- und Sicherheitspolitik vereinbar sein soll und welche Elemente in der Abstimmungskampagne von Bedeutung sein werden.

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd

(eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.
Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter diana.schenkel@friedensrat.ch bis zum 26. September 2025 an und erhält dann den Zugangscodes.



Montag, 31. März 2025

19.00 – 21.00 Uhr

Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

Menschenrechte unter Druck Die mögliche Rolle nationaler Menschenrechtsinstitutionen

mit Stefan Schlegel

Jurist und Direktor der Schweizerischen Menschenrechtsinstitution SMRI

Die Menschenrechte sind derzeit in der Schweiz und überall auf der Welt stark unter Druck. Ausgerechnet in dieser Situation hat die Schweiz nach langen Anstrengungen eine nationale Menschenrechtsinstitution erhalten. Ihr Direktor stellt die Institution vor und stellt deren Aufgaben und Chancen zur Diskussion.

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd
(eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.

Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter diana.schenkel@friedensrat.ch bis zum 27. März 2025 an und erhält dann den Zugangscodes.

len. Da das Traktandum jedoch verschoben worden war, informierte sie über einen in den Räten zirkulierenden direkten Gegenvorschlag, der das Verbot von Sanktionen nicht mehr aufführte. Seiler Graf hatte dies mit einer solidarischen Friedens- und Sicherheitspolitik der Schweiz als nicht zu vereinbaren bezeichnet.

Auch 2025 fand die Präventionskampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» vom 25. November bis 10. Dezember statt. Während den Aktionstagen wird schweizweit in Podiumsdiskussionen, Theatern, Workshops oder Strassenaktionen geschlechtsspezifische Gewalt thematisiert. Mit einem jährlich festgelegten Fokusthema wird von Frauenorganisationen sowie Frauenhäusern auf unterschiedliche Formen von Gewalt und davon Betroffenen aufmerksam gemacht. Das Thema 2025 war «Geschlechtsspezifische Gewalt und Behinderungen». Im Mittelpunkt stand die Frage, welchen Einfluss «Gender» und Behinderungen auf täglich erlebte Gewalterfahrungen der betroffenen Frauen und Mädchen haben.



Stephanie Weiss und Saphir Ben Dakon im Gespräch, rechts SFR-Vorstandsmitglied Jenny Heeb.



Montag, 24. November 2025
19.00 – 21.00 Uhr
 VPOD Zürich, Birmensdorferstr. 67
 (vis-à-vis Bahnhof Wiedlikon)

Zugänglich für alle?
Inklusion und strukturelle Gewalt in der Schweiz

Ein Gespräch mit
Stephanie Weiss
 Professorin an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
 und
Saphir Ben Dakon
 Kommunikations- und Inklusionsexpertin

Die Veranstaltung findet im Rahmen der internationalen Kampagne gegen Gewalt an Frauen statt, die vom 25. November bis 10. Dezember 2025 dauert. Nähere Infos auf www.friedensrat.ch

Team Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Bahnhof Wiedlikon zwei Stationen nach Stauffacher. Der Saal ist rollstuhlgängig. Wer virtuell dabei sein will, melde sich unter diana.schenkel@friedensrat.ch bis zum 21. November 2025 an und erhält dann den Zugangscodes.






Seit mehreren Jahren beteiligt sich auch der Friedensrat an der 16-Tage-Kampagne. Am 24. November lud er zusammen mit der WILPF zu einem Podium zum Thema «Zugänglich für alle? Inklusion und strukturelle Gewalt in der Schweiz» ein, an dem Stephanie Weiss, Professorin für soziale Arbeit an der Hochschule Luzern, und die Zürcher Kommunikations- und Inklusionsexpertin Saphir Ben Dakon sprachen.

In der Schweiz leben rund 1,9 Millionen Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen, die zu Hause oder in einer Institution leben – das entspricht etwa jeder fünften Person. Diese Zahl mag auf den ersten Blick hoch, erscheinen. Am Café de la Paix wurde deutlich, wie viele verschiedene Formen von Behinderungen zu berücksichtigen sind und dass diese in sichtbaren, oft aber auch in nicht direkt erkennbaren Formen auftreten. Insgesamt 33 Personen beteiligten sich an der Diskussion, die durch eine Gebärdensprachdolmetschung unterstützt wurde.

Diana Schenkel

Die Friedenszeitung im 2025

Im Dezember 1945 wurde in Bern der Schweizerische Friedensrat als Dachorganisation pazifistischer, religiöser und aussenpolitisch engagierter Organisationen gegründet. Am 6. Dezember 2025 feierte der SFR sein 80-jähriges Bestehen in Zürich. Die Redaktion der FRIEDENSZEITUNG nahm das Jubiläum zum Anlass, in den vier Ausgaben des Jahres auf die Schwerpunkte der Friedensratsarbeit in seiner langen Geschichte zu blicken. Im März begann die Serie mit dem Gründungsanliegen des SFR, der wenige Wochen zuvor gebildeten UNO beizutreten, auf der nach der absoluten Katastrophe des Zweiten Weltkrieges die Hoffnung ruhte, durch internationale Kooperation die Schrecken künftiger Kriege bannen zu können. Es sollte dann aber noch Jahrzehnte dauern, bis die Schweiz nach einer Volksabstimmung am 3. März 2002 der Völkergemeinschaft beitrug.

In der Juni-Ausgabe beleuchteten wir den ebenso langen Einsatz des Friedensrates für einen Zivildienst für Militärverweigerer und dokumentierten seine wegweisenden Thesen zur Schaffung eines Zivildienstes vom 29. September 1970. Doch erst nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 war der Weg frei für einen zivilen Ersatzdienst, der am 1. Oktober 1996 in Kraft trat. Im September schilderten wir im dritten Teil der Serie den (erfolgreichen) Kampf des Friedensrates, der auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges gegen die totalitäre Doktrin einer gesellschaftlichen «Gesamtverteidigung» antrat, die in den 1970er-Jahren darin gipfelte, die Frauen zu einer obligatorischen «Mitwirkung» in einer Totalverteidigung zu verpflichten. Auf den Jubiläumsanlass hin sammelten wir dann im Dezember Stimmen zur Bedeutung und zum Wirken des SFR und

FRIEDENSZEITUNG

NR. 12 MÄRZ 2025

1. Trumps monströser Verrat an der Ukraine
6. Studie und Petition zu Fernstudien
8. Zwei Jahre im Sicherheitstest – eine Bilanz
12. Der Holocaust: Völkermord in der Ukraine

16. Karte der UNO-Friedensratsitzte 2024/2025
18. Der Friedensrat wird im Dezember 80
24. Friedensbewegung: die deutsche Doppelmoral
29. Stimmen aus Russland gegen den Krieg

Kein nachhaltiger Frieden für die Ukraine in Sicht

Der monströse Verrat

Am 24. Februar 2025, dem dritten Jahrestag der Invasion Russlands in die Ukraine, brachte das angegriffene Land gemeinsam mit der EU eine Resolution in der UNO-Generalversammlung an, die einmal mehr einen sofortigen Abzug aller russischen Truppen aus der Ukraine forderte. Sie wurde mit einer Mehrheit von 93 Stimmen angenommen. Die USA stimmten gemeinsam mit Russland, Nordkorea, Nicaragua, Uganda und Israel dagegen – bei vornehmer Zurückhaltung Chinas und einiger Staaten des globalen Südens.

Wenig später brachten die USA eine Gegenserklärung im UNO-Sicherheitsrat ein, die einen Frieden in der Ukraine verlangte, ohne auch nur mit einem Wort auf den Kriegsverursacher hinzuweisen und die mit den Stimmen von Russland und China angenommen wurde. Mehr Verrat an den UNO-Prinzipien und der kriegsverurteilten Ukraine ist nicht denkbar. Angesichts eines absehbaren Diktatorfriedens der USA und Russlands über die Ukraine.

/ Peter Weishaup /

die Ukraine, ohne die europäischen (NATO-)Verbündeten. Umkehrung der Schuldfrage: Der ukrainische Präsident hat mit dem Krieg angefangen und ist seitdem ein Diktator. Vorwegnahme eines Diktatorfriedens: Die Ukraine soll die von russischen Truppen eroberten Gebiete im Osten an Putin abgeben, ohne irgendwelche Sicherheitsgarantien zu erhalten, künftig wieder von ihr angegriffen zu werden. Abwälzung der Verantwortung Europa und die EU sollen die Waffenstillstandskandidaten militärisch absichern und die Ukraine hunderte Milliarden Schweizer wieder aufbauen.

Trump's Rocky Horror Picture Show

Das alles garantiert Donald Trump mit einem schändlichen Kolonialvertrag für einen nachträglichen (für künftige UNO-Waffenunterstützung) und künftigen Rangab auf die Bodenbeschätze in der verbleibenden Restukraine, nicht nur auf begrabene Rohstoffe wie schwarze Erden, sondern auch auf Öl und Gas. Wenn Washington die Friedensbemühungen im gleichen Tempo und in

Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG 52/25

FRIEDENSZEITUNG

NR. 03 JUNI 2025

4. Ein Appell: Schutz des Völkerrechts in Gaza
8. Vier Friedenskonfliktthemen zur Disposition
12. Die unbefriedigenden Vorläufer der Neutralitätsinitiative
18. Schicksal zur kulturellen Verwursten in Russland

20. Der lange Weg zum Zivildienst in der Schweiz
24. Atomare Abschreckung in Europa: wohin?
28. Die Waffenausfuhrstatistik 2024
29. Literatur: Ungeschützt im Kriegsgeschichten

Zur sogenannten Neutralitätsinitiative der SVP

Was auf dem Spiel steht

Die «Neutralitätsinitiative» der SVP, die die «innerwärtigen und bewaffnete Neutralität» in der Verfassung festschreibt und primär auf die Aufhebung von völkerrechtlichen Sanktionen gegen die Europäischen Union gegen Russland zielt, steht ante portas. In der kommenden Juni-Session wird sie der Ständerat behandeln. An einer Impedierung zur Neutralitätsinitiative des Schweizerischen Bundesrates am 18. Mai in Bern wurden die negativen Auswirkungen des Volksbegriffs diskutiert und für eine gläubigere Friedens- und Sicherheitspolitik plädiert.

/ Peter Weishaup /

Eröffnet wurde die Impulsgebung von Flavia von Meiss, der Leiterin der Sektion Völkerrecht im ausserpolitischen Departement, die die Haltung des Bundesrates dezidiert, aber nicht ohne Einschränkungen, die die Initiative würde eine Abkehr von der bewährten Flexibilität bei der Anwendung der Neutralität bedeuten und den Handlungsspielraum des Bundesrates einschränken. Dieser Handlungsspielraum ist für die Wahrung der Interessen der Schweiz

zentral. Eine Annahme der Initiative hätte negative Auswirkungen auf die Ausser-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik der Schweiz. Die Neutralität würde als starrer Konzept in der Bundesverfassung verankert und keine Raum mehr für Spekulationen, um auf ausserpolitische Herausforderungen reagieren zu können. So wäre zum Beispiel die Übernahme von Sanktionen gegenüber kriegführenden Staaten ausserhalb der UNO nicht mehr möglich. Sanktionen sind heute ein wichtiges Instrument der Staaten, um auf Völkerrechtsverletzungen zu reagieren. Zudem wäre die Möglichkeit zu einer sicherheits- und verordnungspolitischen Zusammenarbeit stark eingeschränkt, was die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz schwächen würde.

Unter der Leitung des NZZ-Redaktors Ivo Mijsen, der aus Wien die Kriegsführung Russlands gegen die Ukraine kontinuierlich verfolgt, diskutierten an dem Podium Oskar Ammann, Professor für Völker- und Europarecht an der Universität Lausanne, Günther Bucher, Friedensforscher und Mediator, der als Schweizer Botschafter in verschiedenen Friedensprozessen engagiert war, Laurent Gotschel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung. Swagatosee sowie Franziska Roth, Solothurner SP-Ständerätin und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission, darüber was für eine gläubigere Friedenspolitik auf dem Spiel steht und die Neutralitätsinitiative angenommen würde.

Russland Sanktionen nicht befolgen

Eingewandt wird auch, dass das angestrebte Verbot der Übernahme von Sanktionen ausserhalb der UNO individualisiert ist und dass die Schweizerische Neutralität in keiner Weise offen, denn hier ist das Völkerrecht maßgebend, das insbesondere bei Kriegsvorfällen

Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG 53/25

- 1 Referendum gegen Frontalangriff auf den Zivildienst
- 6 Umfrella Initiative des Jahre UNO - Zeit zu handeln
- 8 Die Illusion der atomaren Sicherheit
- 10 Friedensgutachten: Der vergessene Krieg im Sudan

- 16 Die Gesamtverflechtung im Kalten Krieg
- 24 Ukrainische und russische Kulturthemen
- 28 Mike Johansen: An der Nase herumgeführt
- 31 Café de la paix im September und November

Vor dem Referendum gegen die Verschlechterung des Zivildienstes

Frontalangriff auf den Zivildienst

Die eidgenössischen Räte haben in der vergangenen Juni-Session einen totalen Angriff auf den Zivildienst lanciert. Sie stellten sich hinter den Bundesrat, der verhindern will, dass Männer von der Armee zum Zivildienst wechseln. Sie wollen schnellstmöglich den Zivildienst mit dem Zivilschutz fusionieren. Sie wollen sogar zur Zulassung zum zivilen Ersatzdienst die Gewissensprüfung wieder einführen anstelle des Tatbeweises. Damit wird der Zivildienst fast bis auf die Grundmuren abgebaut. Der Ständerat wird nach dem Nationalrat in der kommenden Herbstsession der substantiellen Entwertung des Tatbeweises von der Armee zum Zivildienst zustimmen. Eine Zivildienst-Allianz wird deshalb ab Mitte Oktober das Referendum gegen dieses sogenannte Reformgegnen.

/ Peter Weishaupt /

Die FDP hat in einer Medienmitteilung vom 6. März auf den Punkt gebracht: Um der dem Titel «So schützen wir die Schweiz» hat sie sieben Forderungen als Reaktion auf «die gravierenden sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion» aufgestellt. Unter Punkt 4 heisst es da kurz und bündig:

«Antreten! Jedes Jahr verlässt die Armee über 6000 Personen in den Zivildienst. Während unsere Nachbarn aufrufen, haben manche Schweizer Wks nicht mal einen Koch. Trösten schafft es der Bundesrat seit Jahren nicht, ein neues Dienstmodell vorzuschlagen. Dabei liegt die Lösung auf dem Tisch: Mehr Armeemehr Zivildienst. Und der Zivildienst wird in der heutigen Form abgeschafft, sechs Massnahmen, die Zivildienstentzüge zu vermehren. Dem ist das Parlament im Juni bedeutend nähergekommen. Der Nationalrat hat eine Revision des Zivildienstgesetzes beschlossen, um die Abgänge

von Männern von der Armee zum Zivildienst durch höhere Hürden zu erschweren. Der Bundesrat begründet in seiner Botschaft an Parlament die Zulassungsschwärzung damit, dass viel zu viele Militärdienstleistungen zivilen Ersatzdienst leisten wollen. So kam bei der Einführung des Zivildienstes von höchstens zwei bis zweieinhalbtausend ähnlichen Anträgen ausgegangen, hätten sich diese in den letzten Jahren verdreifacht. So leisteten im Jahr 2023 6754 Wehrpflichtige Zivildienst, 2019 seien es noch 6088 gewesen. Doch es gebe keine Waffentilgung zwischen Militär und Zivildienst, die Entlohnung in den zivilen Ersatzdienst solle eine Ausnahmegangnahme bleiben.

Der Bundesrat erhofft sich deshalb, mit sechs Massnahmen die jetzigen Höchststände auf 4000 zu senken. Besonders im Visier hat er die Gewerbe- von Armeeangehörigen mit kadestrenen Rekrutenschule und von Fachberufen und Kadern. Wer erst nach der Rekrutenschule in den Zivildienst wechselt, soll mindestens 150 Tage Zivildienst leisten müssen. Einsätze im Zivildienst, die ein begrenztes oder abgeschwächtes Medizinstudium erfordern, sollen nicht mehr möglich sein. Und ehemalige Uniformierte und Offiziere sollen eine einheitlich zu langen Dienst

Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG 55/25

- 1 Tanners Plädoyer für einen politischen Pazifismus
- 6 Zum 80-jährigen Jubiläum des Friedensrates
- 12 Referendum gegen die Korrektur der Korrektur
- 14 Ambivalentes Verhältnis: Russland und die OSZE

- 19 Kolumbien: zwischen Friedensarbeit und Gewalt
- 22 Interview: Kein Frieden ohne Gerechtigkeit
- 24 Syrien: Krieg vorbei, Frieden verstragt
- 26 Westsahara: Das Pokerspiel geht weiter

Jakob Tanner zum 80-jährigen Jubiläum des Schweizerischen Friedensrates

Für einen politischen Pazifismus

Am 6. Dezember 2025 feiert der Schweizerische Friedensrat sein 80-jähriges Bestehen mit einer Jubiläumsvorstellung in Zürich. Wir haben dazu verschiedene Personen, die ihm in irgendeiner Form verbunden sind, um ein kurzes Statement, was er ihnen bedeutet, wie sie zum gekommen sind oder was sie sich von ihm wünschen. Sie finden diese Beiträge auf den Seiten 6-11. Der Historiker Jakob Tanner hat den Friedensrat gleich seinem eigenen Beitrag zum historischen Pazifismus und seinen Aufgaben heute gewidmet, der ihm gleichzeitig ein Leitmotiv für die weitere Arbeit sein kann. Die Überlappung stammen von der Redaktion.

/ Jakob Tanner /

Worte sind viel. Sie wehren sich nicht gegen ihren Missbrauch und ihre Verkehrung im Gegenteil. In George Orwell's dystopischem Roman 1984 lautet eine der drei Regeln der Partei «Krieg ist Frieden». Auch heute inszenieren sich Aggressoren als Friedensengagierten. Anderen Schlagworten wie Freiheit und Solidarität geht es nicht besser. Eklärete Feinde der Demokratie versammeln sich unter der Fahne der «Freiheit und völkische Rassen» schwadronieren von «nationaler Solidarität».

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass «Frieden» schon immer ein ambivalenter Begriff war und



his heute glibbigen ist. Zum einen entspricht er einer weit verbreiteten Haltung Menschen wollen im Frieden leben, nicht nur, um ihre Ruhe zu haben, sondern um ihre Aspirations, ihre Lebensentwürfe zu verwirklichen. Wer dauernd Angst vor Aggressoren haben muss, wer unter Raketenbeschuss kommt oder von mordenenden Banden heimgesucht wird, weiss um den Wert des Friedens. Wer von solchen Gewalttaten verschont bleibt, ebenfalls. Das öffentliche Gut «Frieden» geniesst generell eine hohe Priorität.

Zum anderen weist die «Pax» eine dunkle Unterseite auf. Um ein Friedensleben zu können, haben sich Kolonialmächte

ten stets auf Methoden brutaler Ausbeutung und mörderischer Unterdrückung verlassen. Die Befriedung nämlich die grossräumliche Kontrolle von Herrschaftsräumen mittels militärischer Absicherungsoperationen und Soft-Power ist ein gemeinsamer Nenner aller westrungen Friedensprojekten, von der Pax romana über die Pax mongolica und die Pax sinica bis zur Pax britannica, und einem solchen «Friedensschermungs-Modell» folgen auch die Pax americana sowie die Pax sovietica während des kalten Krieges.

Fortsetzung Seite 2

FRIEDENSZEITUNG 55/25

publizierten einen programmatischen Beitrag «Für einen politischen Pazifismus» des Zürcher Historikers Jakob Tanner.

Die Solidarität mit der Ukraine, dem von Russland am vierten Jahr unvermindert angegriffenen osteuropäischen Land, bestimmte auch 2025 viele Artikel der FRIEDENSZEITUNG. Einer der Beiträge in der März-Ausgabe («Kein nachhaltiger Frieden für die Ukraine in Sicht») befasste sich mit dem Verrat der zweiten Regierung Trump gegenüber der Ukraine. Bis heute hat er an Aktualität nichts verloren. Mit Beiträgen zum Holodomor 1932/33 in der Ukraine, zur kulturellen Verwüstung in Russland, zur Literatur aus und über die Ukraine gaben wir dem Kulturschaffen beider Länder viel Raum.

Im Zusammenhang damit stand auch die Auseinandersetzung um die sogenannte Neutralitätsinitiative der SVP. Wir berichteten im Juni über die Impulstagung «Was auf dem Spiel steht», an der die negativen Auswirkungen des Volksbegehrens diskutiert wurden. In der glei-

chen Ausgabe ging Jakob Tanner einer Vorläuferin nach, die von einem «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» während der nationalsozialistischen Bedrohung initiiert worden war, die eine aussenpolitische Anpassung an das Naziregime verlangte.

Über weitere internationale Konflikte wie den «vergessenen» Bürgerkrieg im Sudan, zur Situation in der Westsahara oder über Friedensarbeit in Kolumbien berichteten wir ebenso wie über hartnäckig sich wiederholende, aber notwendige schweizerische Themen wie die Frontalangriffe auf den Zivildienst, die Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes oder zur Verschleppung des Beitritts zum UNO-Atomwaffenverbot. Letztere drei begleiteten wir bis zur Einreichung der Volksinitiative (Atomwaffenverbot, Ende Dezember) bzw. der Lancierung der beiden Referenden (Zivildienstverschlechterung ab Oktober bis Ende Dezember und zum Kriegsmaterialgesetz ab Januar 2026). Wir bleiben dran – an Themen wird es nicht fehlen.

Peter Weishaupt



Ernährung der Welt – der Friedenskalender 2026

Die 30. Ausgabe des Postkarten-Friedenskalenders mit den Fotos von Alexander Kiermayer, Armin Möisinger, Colin Walder, Claudio Sieber und Holger Hoffmann verdeutlichen auf beeindruckende Weise, wie sich die Weltbevölkerung ernährt. Die Kalenderreise zeigt etwa den harten Arbeitsalltag der Menschen auf Rentierfarmen bei Minustemperaturen im Osten Sibiriens, die Weiterverarbeitung von Getreide in Pakistan und Indien und Frauen auf den kleinen Booten im Mekong-Delta, die Gemüse oder Obst verkaufen.

Die Reise geht weiter nach Kuba, wo Bauern seit einigen Jahren ihre Erzeugnisse auf dem freien Markt verkaufen dürfen, und nach Ecuador zu indigenen Bewohnerinnen, die in einer Kooperative Schokolade herstellen und sich so neue Perspektiven schaffen. Weitere Bilder führen zu den Fischern bei der Algenerte

in Madagaskar, die oft länger als eine Stunde ins Meer paddeln müssen, um Barrakudas zu entdecken und zu fischen, sowie in den Tschad, wo Hirsebrei die Hauptnahrung ist, und nach Kamerun, wo Frauen selbst angebautes Obst und Gemüse verkaufen.

Die Basisernährung der Weltbevölkerung beruht hauptsächlich auf pflanzlichen Grundnahrungsmitteln wie Getreide (Reis und Weizen), Knollenfrüchten, Hülsenfrüchten, Früchten, Gemüse und tierischen Produkten, was jedoch fruchtbare Böden, sauberes Wasser sowie genügend Fischbestände der Meere und Binnengewässer bedingt – Ressourcen, die schon jetzt nur noch begrenzt vorhanden sind und immer knapper werden.

Der UNO-Bericht 2025 zur Ernährung (State of Food Security and Nutrition in the World) zeigt, dass 2024 weltweit ca. 673 Millionen Menschen von Hunger betroffen waren. Frauen und Mädchen leiden überdurchschnittlich häufig an Hunger. Insgesamt sind rund 60 Prozent der chronisch hungerleidenden Menschen auf der Welt weiblich, obwohl es die Frauen sind, die in vielen Ländern für die Beschaffung und die Zubereitung von Nahrung für die Familie zuständig sind.

Die globale Ernährungssicherheit ist und bleibt fragil, besonders in Afrika und Westasien, wo Hunger zunimmt, verursacht durch Konflikte, Klimaextreme, Lebensmittelpreisinflation, Verteilungsprobleme, ineffiziente Ressourcennutzung und wirtschaftliche Schocks. Die Welt ist weit davon entfernt, die Ziele der UNO für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals / SDG) – «kein Hunger bis 2030» – zu erreichen.

Francine Perret und Diana Schenkel

Weitere Informationen zum Friedenskalender 2026

In der September-Ausgabe Nr. 54/25 der FRIEDENSZEITUNG finden sich Hintergrundinformationen zum Friedenskalender mit Beiträgen zum Mekong-Delta, dem bedrohten Herz Südostasiens («Zwischen Reisfeldern und Hoffnung»), und den Tomatenplantagen im südlichen Italien («Das System der totalen Ausbeutung»). Die Ausgabe ist erhältlich unter info@friedensrat.ch.

Vorstand des Schweizerischen Friedensrates



Maria Ackermann

Präsidentin des Friedensrates
maria.ackermann@friedensrat.ch



Jenny Heeb

Vorstandsmitglied



Heinz Bähler

Vorstandsmitglied



Francine Perret

Vorstandsmitglied



Diana Schenkel

Sekretariat
diana.schenkel@friedensrat.ch



Peter Weishaupt

Geschäftsleiter und Redaktor der
FRIEDENSZEITUNG
info@friedensrat.ch

An der Jahresversammlung des Schweizerischen Friedensrates vom 23. Mai 2025 wurden folgende Vorstandsmitglieder gewählt: Maria Ackermann (Präsidentin), Heinz Bähler, Jenny Heeb, Francine Perret und Diana Schenkel. Geschäftsleiter und Redaktor der **FRIEDENSZEITUNG** ist Peter Weishaupt. 2025 haben u.a. Simon Gaus Caprez am Projekt der Impulstagung «Was auf dem Spiel steht» vom 18.

März als Leiter sowie Stella Jegher als Mitglied der Projektgruppe mitgearbeitet. Die Jubiläumstagung 80 Jahre Schweizerischer Friedensrat wurde von Projektleiterin NoraMae Omotayo Herzog betreut.

Die Jahresrechnung 2025 wird anlässlich der Jahresversammlung im Frühjahr 2026 vorliegen.



In einer Zeit globaler Unsicherheiten ist kritische Friedensarbeit wichtiger denn je. Wir geben dem Frieden eine Stimme – durch investigative Recherchen, fundierte Analysen und konsequente Aufklärungsarbeit. Von der Neutralitätsdebatte bis zur Rüstungskontrolle: Wir bringen die Themen auf den Tisch, die die Schweizer Friedenspolitik prägen.

SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT

In die Friedensarbeit investieren – Legate, Schenkungen oder Erbschaften für den SFR

Der Schweizerische Friedensrat ist für seine kontinuierliche Friedensarbeit neben Mitgliederbeiträgen, Abonnementen der **FRIEDENSZEITUNG** und einmaligen wie regelmässigen Spenden auf zusätzliche Mittel angewiesen. Nur dank Ihrer Unterstützung können wir wichtige friedenspolitische Themen aufgreifen, unsere Informationsarbeit weiterführen und unsere Projekte verwirklichen.

Mit Ihrem Testament bestimmen Sie aktiv, wie Ihr Vermögen verwendet wird, und Sie können unsere Anliegen wirkungsvoll unterstützen. Legate und Erbschaften

haben eine besondere Bedeutung für uns, denn sie ermöglichen ein längerfristiges Engagement für den Frieden. Sie sind besondere Vermächtnisse, die in unserer Organisation vertraulich und respektvoll behandelt werden. Auch kleinere testamentarische Begünstigungen helfen uns, zukunftsicherer zu planen.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Informationen zur Verfügung. Wenden Sie sich an unseren Geschäftsleiter, Peter Weishaupt, Telefon 044 242 93 21, Mail: info@friedensrat.ch.

Publikationen

Ich bestelle

..... Ex. **Probenummern** der **FRIEDENSZEITUNG**. Zwei Ausgaben im 2026, gratis

..... **Abonnement** der **FRIEDENSZEITUNG** für 60 Franken jährlich (vier Ausgaben)

..... Ex. **Haus Gartenhof in Zürich**. Raum für vernetzte Friedensarbeit. Chronos-Verlag Zürich 2019, 192 Seiten, Fr. 38.–

..... Ex. dieses **Jahresberichtes 2025** des SFR. 24 Seiten, Februar 2026, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2027** mit 12 Kalenderblättern zur Welternährung, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2024** des SFR. 24 Seiten, Juni 2024, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2025** mit 12 Kalenderblättern zum Klimawandel, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2023** des SFR. 24 Seiten, Februar 2023, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2024** mit 12 Kalenderblättern zu Frauen dieser Welt, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2022** des SFR. 24 Seiten, Februar 2023, Fr. 10.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2023** mit 12 Kalenderblättern zu Afrika, Fr. 10.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2021** des SFR. 24 Seiten, Februar 2022, Fr. 5.–

..... Ex. des **SFR-Friedenskalenders 2022** mit 12 Kalenderblättern zu Usbekistan, Fr. 5.–

..... Ex. des **Jahresberichtes 2020** des SFR. 24 Seiten, April 2021, Fr. 5.–

..... Ex. der Broschüre **Gegen modernes Söldnertum**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. 28 Seiten, Dezember 2011, Fr. 5.–

..... Ex. **Argumentenkatalog «Schutz vor Waffengewalt»** zur Volksabstimmung vom 13.2. 2011. Dezember 2010, 52 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Reader «Kriegsgebiet Kinderzimmer»**. Eine Intervention zu Gewalt, Gesellschaft und Entwaffnung. Dezember 2009, 256 Seiten, Fr. 10.–

..... Ex. **Broschüre «Das Geschäft mit dem Krieg»**. Private Sicherheits- und Militärfirmen. Dezember 2007, 28 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Schöne neue atomare Welt»**. Warum neue Atomkraftwerke kein Rezept gegen den Klimawandel sind. Juni 2007, 24 Seiten, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Wehrpflicht zur Debatte»**: Berufsarmee, Freiwilligenheer, allgemeine Dienstpflicht? Dezember 2004, Fr. 5.–

..... Ex. **Broschüre «Abschied vom Inseldasein»**. Vom Ende der isolationistischen Neutralität zur kollektiven Sicherheit der UNO. 52 Seiten, Dezember 2000, Fr. 5.–

Ich will **Mitglied des SFR** werden:

- ☐ Fr. 60.– jährlich (Mitgliedschaft)
- ☐ Fr. 120.– jährlich (Mitglied & Jahresabo)
- ☐ Kampagne gegen Kleinwaffen (Fr. 20.–)

Vorname, Name

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Einsenden an SCHWEIZERISCHER FRIEDENSRAT, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich
oder **mailen** an info@friedensrat.ch

